

FREIBERUFLER-TICKER vom 27. September 2024

1. Herrenberg-Urteil

Die Folgen des sogenannten [Herrenberg-Urteils](#) des Bundessozialgerichts für Bildungsträger und Fachkräfte in der Weiterbildung aus 2022 war Ende vergangener Woche Thema der Antwort der Bundesregierung ([20/12811](#)) auf eine Kleine Anfrage. Nachgefragt wurde, welche Bereiche von der Entscheidung des Bundessozialgerichts besonders betroffen sind und inwieweit sich die veränderte Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung jeweils auf die Kurskosten der Berufssprachkurse, der neuen Jobturbo-Berufssprachkurse, der Integrationskurse und der begleitenden Coachings auswirke. Das Herrenberg-Urteil habe nach Auslegung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung Auswirkungen auf die Abgrenzung einer abhängigen Beschäftigung von einer selbstständigen Tätigkeit bei Lehrkräften, Lehrbeauftragten und Dozenten an Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen, Fachschulen, Volkshochschulen, Musikschulen sowie an sonstigen – auch privaten – Bildungseinrichtungen, so die Bundesregierung in ihrer Antwort. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) stehe bereits in einem intensiven Austausch mit relevanten Akteuren, so beispielsweise am 14. Juni 2024. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten die aktuelle Situation umfassend darlegen können. Es habe Einvernehmen bestanden, dass die bestehenden Kursangebote aufrechterhalten werden sollen und bei Lehrkräften auch künftig sowohl Beschäftigung als auch Selbstständigkeit möglich sein solle. Die Betroffenheit der Freien Berufe ist ebenso durch spezifische Berufsgruppen wie auch durch die Bildungsangebote der Kammern hoch. Der BFB ist in die nächste Gesprächsrunde am 8. Oktober 2024 einbezogen.

2. Herbstgutachten

Am 26. September 2024 haben die führenden Wirtschaftsinstitute in Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz die „[Gemeinschaftsdiagnose](#)“ mit der Überschrift „Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach“ veröffentlicht. Diese enthält eine detaillierte Kurzfristprognose bis 2026 sowie eine mittelfristige Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2029. Das Schwerpunktthema behandelt konjunkturelle und strukturelle Aspekte des Sparens der privaten Haushalte. Es wird von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent 2024 ausgegangen, in den kommenden beiden Jahren von einem Wachstum von 0,8 und 1,3 Prozent. Im Rahmen der schleppenden Erholung erwarten die Institute, dass die Arbeitslosenquote im laufenden und auch im kommenden Jahr bei sechs Prozent liegen wird, bevor sie 2026 auf 5,7 Prozent zurückgeht. Die Inflation im laufenden Jahr wird mit 2,2 und zwei Prozent für beide darauf folgenden Jahre geschätzt. Aus Sicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lösten die Dekarbonisierung, die Digitalisierung, der demografische Wandel und wohl auch der stärkere Wettbewerb mit Unternehmen aus China strukturelle Anpassungsprozesse in Deutschland aus, die die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft dämpfen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler empfehlen, dass der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf der Verbesserung der Produktivität, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Rahmenbedingungen für alle Unternehmen und Beschäftigten liegen soll.

3. Bericht zum Stand der deutschen Einheit 2024

Carsten Schneider MdB (SPD), Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, stellte am 24. September 2024 den diesjährigen [Bericht des Ostbeauftragten](#) „Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen“ vor. Der Bericht skizziert unter anderem ausgewählte Vorhaben der Bundesregierung. Herausforderungen werden in den Führungsetagen gesehen: Ostdeutsche

machen fast 20 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Nur acht Prozent der führenden Medienmacher und nur vier Prozent der Wirtschaftsbosse seien aber in Ostdeutschland geboren. In höheren Bundesbehörden seien Ostdeutsche mit 15 Prozent der Führungskräfte unterrepräsentiert. Überdies sind ostdeutsche Unternehmen nicht nur deutlich stärker von Fachkräfteknappheit betroffen als Betriebe in den westdeutschen Bundesländern – der Abstand hat sich in den letzten Jahren sogar noch vergrößert. Dafür sind laut der Autorinnen und Autoren vor allem zwei Effekte verantwortlich: Einerseits führen die stärkere Konjunktur und die Ansiedlungen von Zukunftsindustrien in Ostdeutschland zu einer höheren Nachfrage nach Fachkräften und vor allem auch nach Fachkräften mit Qualifikationen der Zukunftsbranchen. Andererseits geht das Arbeitsangebot in Ostdeutschland schneller zurück als in anderen Regionen Deutschlands. Das Dokument beinhaltet zudem den Deutschland-Monitor 2024. Hierfür haben über 4.000 Menschen in Ost und West an einer Befragung teilgenommen. Eine große Mehrheit der Befragten steht hinter den freiheitlich-demokratischen Grundrechten und wünscht sich, dass diese in der Gesellschaft gewährleistet sind. Dennoch empfindet eine große Mehrheit der Menschen kein „Wir-Gefühl“, während der gesellschaftliche Zusammenhalt am Wohnort in der Regel sehr positiv bewertet wird.

4. Zufriedenheit mit Dienstleistungen der Behörden

Die am 26. September 2024 veröffentlichte aktuelle [Befragung](#) von Destatis zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen in Deutschland mit den Dienstleistungen der Behörden ergab ein positives Gesamtbild. Von Mai bis Juli 2023 wurden dafür rund 7.600 Bürgerinnen und Bürger und 3.100 Unternehmen zu ihren Erfahrungen mit Behördenkontakten befragt. Demnach sind rund 79 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sowie 80 Prozent der Unternehmen nach eigenen Angaben mit den Behördendienstleistungen eher oder sehr zufrieden.

5. Papierloses Arbeiten

Immer mehr Unternehmen in Deutschland verzichten auf Papier. 15 Prozent der Unternehmen arbeiten inzwischen komplett papierlos. Das sind fast doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren (acht Prozent). Weitere 24 Prozent arbeiten derzeit nur noch zu etwa einem Viertel papierbasiert, vor zwei Jahren waren es noch 34 Prozent. 38 Prozent der deutschen Unternehmen bearbeiten noch etwa die Hälfte ihrer Büro- und Verwaltungsprozesse auf Papier. 2022 waren es 33 Prozent. Bei 14 Prozent laufen hingegen noch etwa drei Viertel der Prozesse papierbasiert ab (2022: 18 Prozent), bei sechs Prozent sogar nahezu alle (2022: vier Prozent). Das sind Ergebnisse einer am 24. September 2024 [veröffentlichten](#) Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, für die Unternehmen ab 20 Beschäftigten in Deutschland repräsentativ befragt wurden.

6. Zahl der unter Dreijährigen in Kindertagesbetreuung gesunken

Wie das Statistische Bundesamt am 26. September 2024 [mitteilte](#), sank die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung zum 1. März 2024 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 848.200 Kinder. Die Betreuungsquote stieg jedoch zum Stichtag bundesweit auf 37,4 Prozent. Dieser Trend ist auf die Bevölkerungsentwicklung und die rückläufige Zahl der Kinder unter drei Jahren zurückzuführen. In den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) waren zum Stichtag 1. März 2024 durchschnittlich mehr als die Hälfte aller Kinder unter drei Jahren in einer Tagesbetreuung (55,2 Prozent). In Westdeutschland war die Betreuungsquote mit 33,9 Prozent nach wie vor deutlich niedriger als im Osten. Bundesweit am niedrigsten waren die Betreuungsquoten in Bremen (30 Prozent), Baden-Württemberg (32 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (32,2 Prozent).

7. Durchschnittliche Ausgaben für Bachelorstudium

Wie das Statistische Bundesamt am 24. September 2024 [mitteilte](#), stellten Hochschulträger 2022 durchschnittlich 36.500 Euro an laufenden Ausgaben für ein Bachelorstudium zur Verfügung. Dabei handelt es sich um sogenannte Grundmittel für ein Bachelorstudium (ohne Lehramtsbachelor) in der durchschnittlichen Fachstudiendauer von 4,1 Jahren. Deutlich unterdurchschnittliche Ausgaben gab es 2022 für ein Bachelorstudium in der gemessen an der Studierendenzahl größten Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Hier lagen sie für ein Bachelorstudium bei 19.700 Euro. Die Ausgaben für ein Bachelorstudium in den nächstgrößten Fächergruppen Ingenieurwissenschaften betragen 35.100 Euro, in Mathematik und Naturwissenschaften 55.100 Euro. Für ein Bachelorstudium an Kunsthochschulen wurden sogar 85.000 Euro zur Verfügung gestellt.

8. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 11. Oktober 2024.

- Anzeige -



In der Privaten Pflegeversicherung fließt der größte Teil der Beiträge in unsere Nachhaltigkeitsreserve. Dieses Geld legen wir am Kapitalmarkt an. Mit den Rücklagen und ihren Zinserträgen können wir die gesetzlichen Pflegeleistungen für unsere Versicherten komplett selbst tragen – ganz ohne Steuerzuschüsse.

[Mehr auf pkv.de](https://www.pkv.de)

A promotional banner for LinkedIn. The top part shows a hand using a laptop with several blue social media notification icons floating above it: a star with '17', a heart with '17', a person with '15', a speech bubble with '26', and a bell with '35'. The BFB logo and 'Bundesverband der Freien Berufe e.V.' are in the top left. The bottom part is a solid blue bar with the text 'Folgen Sie uns auf LinkedIn!' in white, followed by '@Bundesverband der Freien Berufe' and a QR code.